



Brüssel, den 12. September 2018
(OR. en)

12075/18

CODEC 1449
INST 322
POLGEN 145
PE 111

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Herr Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, und Herr Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission
Empfänger:	Herr Antonio Tajani, Präsident des Europäischen Parlaments Herr Sebastian Kurz, Bundeskanzler Österreichs
Betr.:	Absichtserklärung bezüglich der Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Kommission für 2019

Die Delegationen erhalten in der Anlage eine Abschrift der Absichtserklärung, die der Präsident der Europäischen Kommission, Herr Jean-Claude Juncker, und der Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission, Herr Frans Timmermans, an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Antonio Tajani, und den Bundeskanzler der den Vorsitz im Rat der Europäischen Union führenden Republik Österreich, Herrn Sebastian Kurz, gerichtet haben.



Europäische
Kommission



LAGE DER UNION 2018
ABSICHTSERKLÄRUNG AN
PRÄSIDENT ANTONIO TAJANI UND
BUNDESKANZLER SEBASTIAN KURZ

#SOTEU
ec.europa.eu/soteu2018

Straßburg, 12. September 2018

Sehr geehrter Herr Präsident Tajani,

sehr geehrter Herr Bundeskanzler Kurz,

dies ist ein entscheidender Moment für die Europäische Union. Bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 23. bis 26. Mai 2019, der größten demokratischen Wahl unseres Kontinents, sind es nur noch gut 250 Tage. Dank unserer gemeinsamen Anstrengungen in den letzten Jahren ist es uns gelungen, die Wirtschafts- und Finanzkrise hinter uns zu lassen. Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers verzeichnet die Europäische Union nun ihr 21. Wachstumsquartal in Folge, und die Arbeitslosigkeit ist auf das Vorkrisenniveau zurückgegangen, wengleich sie in einigen Mitgliedstaaten immer noch zu hoch ist. Doch auch wenn die Europäische Union die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen der Krise überwinden konnte, haben sie in unseren Gesellschaften und Demokratien tiefe Narben hinterlassen. Darüber hinaus ist es angesichts der zunehmend instabilen Weltlage notwendiger denn je, sich für eine Europäische Union starkzumachen, die ihre Bürgerinnen und Bürger schützen, stärken und verteidigen kann.

Wir dürfen uns bei unseren Bemühungen um ein enger vereintes, stärkeres und demokratischeres Europa keine Atempause gönnen. Bis zum Jahresende und auch 2019 müssen wir weiter entschlossen unseren Fahrplan für Sibiu vorantreiben, der vom Europäischen Parlament große Unterstützung erfahren hat und in der Agenda der EU-Führungsspitzen aufgegriffen wurde.

Wir müssen uns nun auf drei Dinge konzentrieren:

- ✓ *wir müssen unsere Versprechen einlösen;*
- ✓ *wir müssen die Hindernisse beseitigen, die uns bremsen; und*
- ✓ *wir müssen der Europäischen Union eine Zukunftsperspektive geben.*

*Für alle drei Organe – Europäisches Parlament, Rat und Kommission – muss es oberste Priorität haben, **rasch eine Einigung über die noch anhängigen Legislativvorschläge zu erzielen**, und zwar rechtzeitig vor den Wahlen zum Europäischen Parlament. Diese Vorschläge sind Ausdruck der im Juli 2014 vereinbarten zehn Prioritäten unserer Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel, orientieren sich an der Strategischen Agenda für die Union in Zeiten des Wandels des Europäischen Rates, wurden intensiv mit den Fraktionen des Europäischen Parlaments erörtert und werden seitdem schrittweise weiterentwickelt. Die Kommission hat alle Legislativvorschläge vorgelegt, die sie für die zehn Prioritäten zugesagt hatte. Bei über 50 % der Vorschläge sind wir zusammen zu einer Einigung gelangt, und weitere 20 % sind im Legislativverfahren schon weit fortgeschritten. Bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament müssen wir unbedingt unsere gemeinsamen Zusagen einlösen, insbesondere hinsichtlich der Vollendung des Binnenmarkts (und seiner verstärkten sozialen Dimension), des digitalen Binnenmarkts, der Energieunion mit ihrer zukunftsorientierten Klimapolitik, der Bankenunion, der Kapitalmarktunion und der Sicherheitsunion. Die Kommission wird ihre Ressourcen mobilisieren, um Sie dabei in jeder Phase zu unterstützen, und sicherstellen, dass nach Möglichkeit Kommissionsmitglieder persönlich an den Trilogtreffen teilnehmen. Um zu gewährleisten, dass Parlament und Rat sich voll und ganz auf die bereits vorliegenden Vorschläge konzentrieren können, unterbreitet die Kommission heute nur sehr wenige neue Vorschläge. Diese letzten Vorschläge unserer Amtszeit sollen Bereiche stärken, in denen wir bereits Arbeit geleistet haben, bzw. dort für Ergänzungen oder Anpassungen sorgen. Angesichts ihres eindeutigen europäischen Mehrwerts sind*

wir davon überzeugt, dass sie die notwendige Unterstützung in Parlament und Rat finden und rasch angenommen werden können.

Darüber hinaus bestehen **noch mehrere wesentliche Herausforderungen**, denen wir uns gemeinsam und entschlossen stellen müssen. So müssen wir trotz der bestehenden Meinungsverschiedenheiten die Arbeit im Bereich Migration abschließen, um so bald wie möglich und auf der Grundlage der Grundsätze der Verantwortlichkeit und der Solidarität ein gut funktionierendes Gemeinsames Europäisches Asylsystem auf die Beine zu stellen. Zudem sind konkrete Schritte notwendig, um unsere Wirtschafts- und Währungsunion zu konsolidieren. Dies wird dazu beitragen, unsere Widerstandsfähigkeit innerhalb der Europäischen Union zu erhöhen, was wiederum die internationale Bedeutung des Euro fördern wird. Wir müssen die zunehmenden Spannungen im globalen Handelssystem angehen, damit das regelbasierte internationale System, in dem die Europäische Union weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen will, bewahrt und gestärkt wird. Die rasche Ratifizierung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der EU und Japan wird hierbei ein sehr deutliches Zeichen setzen. Wir müssen außerdem weiterhin der mangelnden Achtung der Rechtsstaatlichkeit in manchen Mitgliedstaaten entgegenzutreten. Und nicht zuletzt wollen wir eine Einigung mit dem Vereinigten Königreich erzielen, um dessen geordneten Austritt aus der Union am 29. März 2019 zu gewährleisten und gleichzeitig eine klare Perspektive für eine enge künftige Partnerschaft mit einem Land zu eröffnen, das immer unser Nachbar und enger Verbündeter bleiben wird.

Damit wir die **Zukunftsperspektive** der Europäischen Union gestalten können, sollten wir den Gipfel in Sibiu am 9. Mai 2019 sehr gut vorbereiten. Der Sibiu-Gipfel wird sechs Wochen nach dem Brexit und zwei Wochen vor den Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Für die EU-Führungsspitzen ist dies somit ein wichtiger Zeitpunkt, um ihr gestärktes Vertrauen in die Zukunft der neuen Union mit 27 Mitgliedstaaten zum Ausdruck zu bringen. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission im Mai einen modernen, fairen und ausgewogenen Vorschlag für den nächsten mehrfährigen Finanzrahmen der EU-27 unterbreitet. Wir schlagen einen vereinfachten, gestrafften und flexibleren Haushalt vor, der die im Bratislava-Fahrplan und in der Erklärung von Rom vereinbarten Prioritäten widerspiegelt. Von einer politischen Einigung über den allgemeinen Rahmen vor den Wahlen zum Europäischen Parlament wird ein starkes Signal ausgehen. Die Kommission wird außerdem eine Initiative vorlegen, um die internationale Bedeutung des Euro zu stärken, damit unsere gemeinsame Währung die schützende und einigende Kraft erhält, für die sie ursprünglich ins Leben gerufen wurde, und um sicherzustellen, dass auf der Weltbühne entschlossener und mit einer Stimme gesprochen wird. Damit die Union auf globaler Ebene als wirksamer und souveräner Akteur auftritt, benötigen wir außerdem die richtigen Instrumente für die Entscheidungsfindung in unserer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Daher schlägt die Kommission heute vor, die Möglichkeit zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf einige bestimmte Bereiche unseres auswärtigen Handelns auszudehnen. Die Initiativen, mit denen eine Zukunftsperspektive für die Union eröffnet werden soll, umfassen außerdem Arbeiten zu unserer künftigen Klima- und Energiepolitik und sehen eine weitere Stärkung der Verfahren vor, die den Schutz und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten gewährleisten.

Im Folgenden sind detailliert die anhängigen Vorschläge aufgeführt, die wir rasch verabschieden müssen, sowie neue und ergänzende Initiativen, die zusammen mit der Rede zur Lage der Union 2018 oder als Folgemaßnahmen vorgelegt werden. Sie sind, wie in der Vergangenheit, nach den zehn Prioritäten unserer gemeinsamen Agenda geordnet.

Wichtigste Initiativen

Priorität 1: Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen

Initiativen, die vor den Wahlen zum Europäischen Parlament verabschiedet werden sollen

- ***** Bis zum Gipfeltreffen in Sibiu am 9. Mai 2019: Grundsätzliche Einigung über den umfassenden Vorschlag für den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020 sowie größtmögliche Fortschritte und nach Möglichkeit Einigung der beiden gesetzgebenden Organe über die Vorschläge für die Programme der nächsten Generation.**
- ***** Annahme der Vorschläge des Pakets zur Kreislaufwirtschaft zur Minderung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt; zur Wiederverwendung von Abwasser; und zu Trinkwasser durch die beiden gesetzgebenden Organe.**
- ***** Annahme des Vorschlags über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (Europäischer Rechtsakt zur Barrierefreiheit) durch die beiden gesetzgebenden Organe.**

Neue Initiativen

- Mitteilung über die Investitionsoffensive für Europa: Bestandsaufnahme und Ausblick.
- Mitteilung zur Aktualisierung der Bioökonomie-Strategie von 2012.

Priorität 2: Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt

Initiativen, die vor den Wahlen zum Europäischen Parlament verabschiedet werden sollen

- ***** Annahme der verbleibenden Legislativvorschläge zur Vollendung des digitalen Binnenmarkts durch die beiden gesetzgebenden Organe, darunter auch: Urheberrechtspaket; Vorschläge zur Cybersicherheit, einschließlich zur Stärkung der Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA); e-Datenschutz-Vorschlag; Vorschlag zu Online-Plattformen zur Gewährleistung eines fairen, vorhersehbaren, tragfähigen und vertrauenswürdigen Geschäftsumfelds für die Online-Wirtschaft; Vorschläge zu vertragsrechtlichen Aspekten des Online-Warenhandels und anderer Formen des Fernabsatzes von Waren und zu vertragsrechtlichen Aspekten der Bereitstellung digitaler Inhalte; Vorschläge zur Einrichtung eines gemeinsamen Unternehmens für Hochleistungsrechnen, über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors und über die Durchführung und die Funktionsweise der Domäne oberster Stufe „.eu“.**
- Annahme des Vorschlags zur Einrichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit in Industrie, Technologie und Forschung durch die beiden gesetzgebenden Organe (**heute vorgelegt**).

Neue Initiativen



- Koordinierter Plan zur Entwicklung künstlicher Intelligenz in Europa.
- Aktionsplan zu Desinformation.
- Empfehlung der Kommission zur Festlegung eines europäischen Austauschformats für elektronische Patientenakten.

Priorität 3: Eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik

Initiativen, die vor den Wahlen zum Europäischen Parlament verabschiedet werden sollen

- ***** Annahme der Vorschläge der Kommission zur Umsetzung der Energieunion und der Klimaschutzpolitik durch die beiden gesetzgebenden Organe, darunter die noch ausstehenden Vorschläge des Pakets „Saubere Energie für alle Europäer“, der Vorschlag über gemeinsame Regeln für in den europäischen Erdgasbinnenmarkt eintretende Gasfernleitungen, die Pakete „Europa in Bewegung“ sowie das Paket zu Mobilität und Klimaschutz.**

Neue Initiativen

- ***** Strategie zur langfristigen Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU nach Maßgabe des Übereinkommens von Paris (im Vorfeld der Klimaschutzkonferenz in Kattowitz vom 3.-14. Dezember).**
- 4. Bericht über die Lage der Energieunion.
- Bericht über den Strategischen Aktionsplan für Batterien.
- * Vorschlag zur Anpassung der (in absoluten Werten ausgedrückten) EU-weiten Energieeffizienzziele für 2030 an eine Union mit 27 Mitgliedstaaten (Rechtsvorschriften zur Vorbereitung auf den Brexit).

Weitere Initiativen, die der Union eine Zukunftsperspektive geben sollen

- Reflexionspapier „Für ein nachhaltiges Europa bis 2030“ über die Folgemaßnahmen zu den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung, einschließlich zum Pariser Klimaabkommen.
- Schaffung eines neuen institutionellen Rahmens für unsere Energie- und Klimapolitik bis 2025: Optionen für eine verbesserte Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und eine mögliche Reform des Euratom-Vertrags.

Priorität 4: Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis

Initiativen, die vor den Wahlen zum Europäischen Parlament verabschiedet werden sollen

- ***** Annahme der Vorschläge zur Einbeziehung der sozialen Dimension der Europäischen Union durch die beiden gesetzgebenden Organe, insbesondere in folgenden Bereichen: Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde, Modernisierung der Vorschriften für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit (zweite und dritte Überarbeitung), Vorschläge mit dem Ziel, die Transparenz**

und Vorhersehbarkeit der Rechtslage bei Beschäftigungsverhältnissen zu verbessern (Überarbeitung der Richtlinie über schriftliche Erklärungen), Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie Änderung der Gründungsverordnungen der trilateralen Agenturen (Eurofound, EU-OSHA und Cedefop).

- ***** Annahme der Vorschläge zur fairen Besteuerung in der digitalen Wirtschaft; zur Gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage sowie zur Schaffung einer endgültigen und einheitlichen EU-Mehrwertsteuerregelung.**
- ***** Annahme der Vorschläge zur Kapitalmarktunion durch die beiden gesetzgebenden Organe, darunter das europaweite private Altersvorsorgeprodukt (PEPP), die Überarbeitung der Verordnung über europäische Marktinfrastrukturen, die Überprüfung und Stärkung der Aufgaben, Governance und Finanzierung der Europäischen Aufsichtsbehörden, die Vorschläge für nachhaltige Finanzierungen sowie die Empfehlung der Europäischen Zentralbank zur Änderung des Artikels 22 der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB/EZB).**
- ***** Annahme des Vorschlags zur Bekämpfung der Geldwäsche mit gezielten Änderungen der drei Verordnungen über die Errichtung der Europäischen Aufsichtsbehörden durch die beiden gesetzgebenden Organe (heute vorgelegt).**
- Annahme der noch ausstehenden Vorschläge zur Binnenmarktstrategie durch die beiden gesetzgebenden Organe, insbesondere die Pakete für Dienstleistungen und Güter und der Vorschlag zur Änderung der Verordnung zu ergänzenden Schutzsertifikaten.
- Annahme des Vorschlags zu Unternehmensinsolvenzen, Restrukturierungen und eine „zweite Chance“ durch die beiden gesetzgebenden Organe.
- * Annahme der Vorschläge zur Festlegung des Sitzes der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde und des Sitzes der Europäischen Arzneimittel-Agentur durch die beiden gesetzgebenden Organe (Rechtsvorschriften zur Vorbereitung auf den Brexit).
- * Annahme des Vorschlags über das EU-Typgenehmigungsrecht für Kraftfahrzeuge durch die beiden gesetzgebenden Organe (Rechtsvorschriften zur Vorbereitung auf den Brexit).
- * Annahme folgender Vorschläge durch die beiden gesetzgebenden Organe: Festlegung eines neuen Seeverkehrswegs zur Verbindung Irlands mit dem kontinentalen Teil des Nordsee-Mittelmeer-Korridors des transeuropäischen Verkehrsnetzes sowie Übertragung des Status „einleitender Mitgliedstaat“ vom Vereinigten Königreich auf einen Mitgliedstaat der EU-27 im Hinblick auf die regelmäßigen Bewertungen der unionsweit anerkannten Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen durch die Kommission (Rechtsvorschriften zur Vorbereitung auf den Brexit).

Neue Initiativen

- ***** Mitteilung über den Binnenmarkt mit einer Bewertung der noch bestehenden Hindernisse und Optionen für Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hindernisse (November 2018).**
- Mitteilung über einen umfassenden EU-Rahmen für endokrine Disruptoren.

Weitere Initiativen, die der Union eine Zukunftsperspektive geben sollen

- ***** Steigerung der Effizienz der Rechtsetzung im Bereich der Besteuerung: Ermittlung von Bereichen, auf die die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit ausgedehnt werden kann (Januar/Februar 2019).**
- ***** Steigerung der Effizienz der Rechtsetzung in der Sozialpolitik: Ermittlung von Bereichen für eine verbesserte Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit (Januar/Februar 2019).**

Priorität 5: Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion

Initiativen, die vor den Wahlen zum Europäischen Parlament verabschiedet werden sollen

- ***** Annahme der Vorschläge zur Vollendung der Bankenunion durch die beiden gesetzgebenden Organe, insbesondere der Vorschläge zur Risikominderung, des Pakets zur Verringerung des Bestands an notleidenden Krediten und über das Europäische Einlagenversicherungssystem.**
- ***** Annahme der Vorschläge im Rahmen des Pakets zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, insbesondere in folgenden Bereichen: schrittweise Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds; Schaffung einer Haushaltslinie für den Euroraum im EU-Haushalt im Hinblick auf 1) Strukturreform-Hilfe im Rahmen des Programms der Kommission zur Unterstützung von Strukturreformen, 2) Stabilisierungsfunktion, 3) Letztsicherung für die Bankenunion und 4) Konvergenz-Instrument, mit dem Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören, Hilfen für den Weg zum Beitritt erhalten können.**
- Annahme des Vorschlags zur schrittweisen Einrichtung einer einheitlichen Vertretung des Euro-Währungsgebiets beim Internationalen Währungsfonds.

Weitere Initiativen, die der Union eine Zukunftsperspektive geben sollen

- ***** Mitteilung über die Stärkung der internationalen Bedeutung des Euro (vor Jahresende).**

Priorität 6: Handel: Eine ausgewogene und fortschrittliche Handelspolitik – Meistern der Globalisierung

Initiativen, die vor den Wahlen zum Europäischen Parlament verabschiedet werden sollen

- ***** Abschluss eines Wirtschaftspartnerschaftsabkommens mit Japan.**
- Unterzeichnung und Abschluss des Freihandelsabkommens und des Investitionsschutzabkommens mit Singapur.
- Unterzeichnung und Abschluss des modernisierten Globalabkommens mit Mexiko.
- Unterzeichnung des Freihandelsabkommens und des Investitionsschutzabkommens mit Vietnam.

- Abschluss der Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit dem Mercosur und ein modernisiertes Assoziierungsabkommen mit Chile.
- Rasche Fortschritte in den Verhandlungen mit Australien und Neuseeland.
- ***** Annahme des Vorschlags über das Screening ausländischer Direktinvestitionen in der EU sowie des geänderten Vorschlags über ein Instrument für das internationale Beschaffungswesen durch die beiden gesetzgebenden Organe.**
- * Annahme des Vorschlags über die Aufteilung der Zollkontingente in der WTO-Liste der Union durch die beiden gesetzgebenden Organe (Rechtsvorschriften zur Vorbereitung auf den Brexit).

Priorität 7: Ein auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte

Initiativen, die vor den Wahlen zum Europäischen Parlament verabschiedet werden sollen

- ***** Annahme der Vorschläge zur Verwirklichung der Europäischen Sicherheitsagenda durch die beiden gesetzgebenden Organe, insbesondere in folgenden Bereichen: Interoperabilität der EU-Informationssysteme in den Bereichen Sicherheit, Grenzmanagement und Migrationssteuerung; grenzübergreifender Zugang der Strafverfolgungsbehörden zu elektronischen Beweismitteln; Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe; Erleichterung des grenzübergreifenden Zugangs zu und der Nutzung von Finanzdaten durch Strafverfolgungsbehörden; Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln.**
- ***** Annahme des Vorschlags einer Verordnung zur Verhütung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte durch die beiden gesetzgebenden Organe (heute vorgelegt).**
- ***** Annahme des Beschlusses zur Ausweitung der Zuständigkeiten der Europäischen Staatsanwaltschaft auf grenzüberschreitende terroristische Straftaten durch den Europäischen Rat (heute vorgelegt).**
- Annahme der Vorschläge zum Europäischen Strafregisterinformationssystem (ECRIS) durch die beiden gesetzgebenden Organe.
- Annahme des Pakets zur Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher, das die Koordinierung und ein wirksames Handeln der nationalen Verbraucherschutzbehörden EU-weit erleichtert, die Rechtsdurchsetzung stärken und einen besseren Schutz der Verbraucherrechte sicherstellen soll, durch die beiden gesetzgebenden Organe.
- ***** Annahme des Vorschlags zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (Vorschlag zum Schutz von Hinweisgebern) durch die beiden gesetzgebenden Organe.**
- ***** Annahme des Vorschlags zum Katastrophenschutzverfahren der Europäischen Union (RescEU) durch die beiden gesetzgebenden Organe.**

- ***** Annahme des Vorschlags für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 im Hinblick auf ein Überprüfungsverfahren für im Zusammenhang mit Wahlen zum Europäischen Parlament begangene Verstöße gegen Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten durch die beiden gesetzgebenden Organe (heute vorgelegt)**, begleitet von einer Empfehlung der Kommission zu Wahlkooperationsnetzen, zu Online-Transparenz und zum Schutz vor Cybersicherheitsvorfällen im Zusammenhang mit Wahlen zum Europäischen Parlament (**heute vorgelegt**); einer Mitteilung über freie und faire Europawahlen (**heute vorgelegt**) und einem Orientierungspapier zur Anwendung des Datenschutzrechts der Union im Zusammenhang mit den Wahlen (**heute vorgelegt**).

Weitere Initiativen, die der Union eine Zukunftsperspektive geben sollen

- ***** Weitere Stärkung des Rahmens zum Schutz des Rechtsstaatsprinzips von 2014.**

Priorität 8: Hin zu einer neuen Migrationspolitik

Initiativen, die vor den Wahlen zum Europäischen Parlament verabschiedet werden sollen

- ***** Annahme der Reform des Dublin-Systems und der Asylverfahrensverordnung durch die beiden gesetzgebenden Organe, sodass auch die dazugehörigen Dossiers (bei denen in Trilogon eine politische Einigung erzielt wurde) abgeschlossen werden können, insbesondere in folgenden Bereichen: Einrichtung einer neuen Asyldienststelle, Reform des Eurodac-Systems, Überarbeitung der Richtlinie über die Aufnahmebedingungen, Verordnung über die Asylanerkennung und EU-Rahmen für Neuansiedlungen.**
- ***** Annahme des Vorschlags über die weitere Stärkung der Kapazitäten der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache durch die beiden gesetzgebenden Organe, damit diese bis 2020 ein ständiges Korps von 10 000 EU-Grenzschutzbeamten bilden kann, über weiter reichende Befugnisse im Bereich Rückkehr und Rückführung verfügt und auch in Partnerländern außerhalb der EU tätig werden kann (heute vorgelegt).**
- ***** Annahme des Vorschlags über die weitere Stärkung der Europäischen Asyldienststelle durch die beiden gesetzgebenden Organe (heute vorgelegt).**
- ***** Annahme des Vorschlags über die weitere Stärkung der Kohärenz und Wirksamkeit unserer Rückkehr- und Rückführungspolitik, die Sicherstellung einer raschen Rückführung von Personen, die keinen Anspruch auf internationalen Schutz haben, und die Verringerung der Anreize für irreguläre Migration durch die beiden gesetzgebenden Organe (heute vorgelegt).**
- ***** Annahme des Vorschlags zur Einreise und zum Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hoch qualifizierten Beschäftigung (Vorschlag für eine „Blaue Karte“) durch die beiden gesetzgebenden Organe – unter Berücksichtigung der Mitteilung über legale Migrationswege (heute vorgelegt).**

- Annahme der Vorschläge zur Änderung des Visakodex der Gemeinschaft, des Visa-Informationssystems und der Verordnung über Verbindungsbeamte für Einwanderungsfragen durch die beiden gesetzgebenden Organe.
- Annahme des Vorschlags zur Modernisierung des Schengener Grenzkodex durch die beiden gesetzgebenden Organe.

Neue Initiativen

- Mitteilung über die Gegenseitigkeit bei der Visumpflicht
- * Vorschlag über die Aufnahme des Vereinigten Königreichs entweder in die Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige der Visumpflicht unterliegen, oder in die Liste der Länder, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind (Rechtsvorschriften zur Vorbereitung auf den Brexit).

Priorität 9: Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne

Initiativen, die vor den Wahlen zum Europäischen Parlament verabschiedet werden sollen

- ***** Folgemaßnahmen des Europäischen Parlaments und des Rates zur Initiative der Kommission für eine wirksamere Entscheidungsfindung in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (heute vorgelegt).**
- ***** Mitteilung über eine neue Allianz Afrika-Europa für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze (heute vorgelegt).**
- ***** Mitteilung „Auf dem Weg zu einer effizienteren Finanzarchitektur für Investitionen außerhalb der Europäischen Union“ (heute vorgelegt).**

Neue Initiativen

- EU-Strategie zur Verbindung von Europa und Asien (vor dem Asien-EU-Gipfel).

Priorität 10: Eine Union des demokratischen Wandels

Initiativen, die vor den Wahlen zum Europäischen Parlament verabschiedet werden sollen

- ***** Annahme der Reform der Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative durch die beiden gesetzgebenden Organe.**
- ***** Annahme der vorgeschlagenen Reform der Verordnung über die Ausschussverfahren durch die beiden gesetzgebenden Organe.**
- ***** Subsidiarität: Annahme des Vorschlags für eine Reform der Sommerzeitrichtlinie zwecks Abschaffung der EU-Anforderung, die Uhr zweimal im Jahr umzustellen, durch die beiden gesetzgebenden Organe, wobei dies unter Berücksichtigung der Befugnis der Mitgliedstaaten, ihre Zeitzone zu wählen, sowie in Koordination zwischen den benachbarten Mitgliedstaaten erfolgen sollte (heute vorgelegt).**

- Annahme des Vorschlags über die Angleichung der bestehenden Rechtsvorschriften über die Anwendung des Regelungsverfahrens mit Kontrolle an die Artikel 290 AEUV (delegierte Rechtsakte) und 291 AEUV (Durchführungsrechtsakte) durch die beiden gesetzgebenden Organe.

Weitere Initiativen, die der Union eine Zukunftsperspektive geben sollen

- Europa vermitteln (Mitteilung: So kann die Union im Bereich der Kommunikation enger vereint, stärker und demokratischer werden).

Die Rede zur Lage der Union 2018 und diese Absichtserklärung bilden die Grundlage für die gemeinsame Verpflichtung unserer drei Organe, unsere Versprechen entschlossen einzulösen. Eine solche Verpflichtung wird den Europäerinnen und Europäern den Mehrwert der Europäischen Union in dieser entscheidenden Phase vor den Wahlen zum Europäischen Parlament vor Augen führen. Das, was wir heute vorgelegt haben, trägt den Beiträgen des Europäischen Parlaments und des Rates Rechnung und bildet den Ausgangspunkt für den interinstitutionellen Dialog, wie er in der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission und der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung vorgesehen ist. Wir legen größten Wert auf diesen wichtigen Austausch mit dem Europäischen Parlament, dem Rat und auch den nationalen Parlamenten. Wir sind überzeugt, dass diese Gespräche ein solides Fundament für das entscheidende kommende Jahr bilden und uns helfen werden, unsere Verpflichtungen einzuhalten, verschiedene noch offenstehende große Herausforderungen zu meistern und den Europäerinnen und Europäern eine Perspektive für die Zukunft der Union zu geben. Die Kommission ist und bleibt bei ihrer Arbeit den Grundsätzen für eine bessere Rechtsetzung stark verbunden. Wir wollen uns in großen Fragen groß und in kleinen Fragen klein zeigen. Dabei werden wir uns stets an den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit orientieren. Unsere Entscheidungsfindung wird auf gesicherten Erkenntnissen beruhen, und wir sind bereit, politische Entscheidungen zu treffen, wann immer dies nötig ist.

2019 wird für die Union und ihren Platz in dieser zunehmend von Unsicherheiten geprägten Welt ein entscheidendes Jahr sein. Wir müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern unermüdlich vor Augen führen, dass die Europäische Union da ist, um sie zu schützen, zu stärken und zu verteidigen. Dass wir gemeinsam eine enger vereinte, stärkere und demokratischere Union schaffen können. Dass wir gemeinsam die Welt gestalten, Stabilität exportieren, insbesondere in den westlichen Balkan, und die regelbasierte Weltordnung und unsere Werte verteidigen können. Seien Sie versichert, dass die Kommission als politische Institution mit ihrem tatkräftigen öffentlichen Dienst eine treibende Kraft in diesem entscheidenden Jahr sein wird. Wir zählen auf Ihre Unterstützung, damit das Gipfeltreffen in Sibiu am 9. Mai 2019 zu einem großen Erfolg wird.



Jean-Claude Juncker



Frans Timmermans